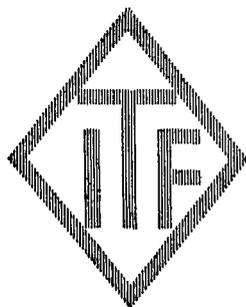


FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.-JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.



4. Jahrgang
No. 20

Amsterdam, den 3. Oktober 1936.

Für die spanischen Arbeiter!
=====

(ITF) In einer Reihe deutscher Betriebe, in denen die Arbeiter einen Weg kannten, trotz Devisenbestimmung und Gestapo Geld sicher ins Ausland zu senden, wurden als Antwort auf die Hetze der Nationalsozialisten gegen das um seine Freiheit kämpfende spanische Volk von den Arbeitern und Angestellten Geldsammlungen für die Frauen und Kinder der spanischen Freiheitskämpfer durchgeführt. Wo die Polizei von diesen Sammlungen erfuhr, verhaftete sie wahllos. In Aachen, wo die Polizei von ihren Spitzeln Bericht über Sammlungen in der Talbot-Waggon A.G. und in der Apparatebau-Aachen Garbe-Lahmeyer, erhielt, verhaftete sie am Anfang der dritten Septemberwoche ca. 70 Arbeiter. Unter den Verhafteten befanden sich etwa 40 SA-Leute.

In österreichischen Grossbetrieben sammeln die Arbeiter für die Witwen und Waisen der von den meuternden Generälen überfallenen spanischen Arbeiter. Die Polizei hat diese Sammlungen bisher nicht verhindern können. Durch den Bittgottesdienst des Wiener Kardinals für die meuternden Generäle, für die Banden der Fremdenlegion und die mohammedanischen Rifkabylen hat die Solidaritätsaktion für die von Generälen, Bischöfen und Grossbesitz verratenen spanischen Arbeiter einen Auftrieb erhalten.

Als am 15. September die Wiener Polizei 30 Vertrauensleute der Siemens-Schuckert-Werke und des Leopoldauer Kabelwerkes wegen Durchführung von Spaniensammlungen verhaftete, traten die Arbeiter in den Streik. Die Polizei suchte die Arbeiter einzuschüchtern. Drei Überfallautos fuhren vor dem Betrieb vor, der Betrieb wurde umzingelt, weitere Verhaftungen wurden vorgenommen. Trotzdem blieben die Arbeiter vier Stunden

./.

im Streik. Aus Solidarität legten auch die Arbeiter der Austro-Fiat-A.G. zwei Stunden die Arbeit nieder. Ein Teil der verhafteten Arbeiter ist nach wenigen Stunden in Freiheit gesetzt worden, aber die verhafteten 6 Betriebsräte sind in Haft geblieben.

Aus Italien berichten die Korrespondenten der faschistenfreundlichen Presse von neuen Solidaritätskundgebungen der Arbeiter für die spanischen Kämpfer und von neuen Massenverhaftungen.

Der Rechtsbruch in Danzig.

=====

(ITF) Am gleichen Tage, an dem der Vertreter des Danziger Nazi-Senats in Genf dem Völkerbund versicherte,

den Nationalsozialisten respektiert würde, lief die Nachricht ein, dass der Danziger Senat für Verwaltungsangelegenheiten das polizeiliche Verbot des dem Internationalen Gewerkschaftsbund (I.G.B.) angeschlossenen "Allgemeinen Arbeiterverbandes" gebilligt hat!

Der Vertreter des nationalsozialistischen Polizeipräsidenten hatte vor Gericht erklärt, die am 16. Juli -- unter bewusster Verletzung der Verfassung -- ad hoc erlassene "Rechtsverordnung", die bestimmt, dass die Entscheidungen des Polizeipräsidenten in rein "politischen" Angelegenheiten, die das Vereinsrecht betreffen, endgültig seien, habe dem Urteil des Landgerichts, das die Auflösung des Allgemeinen Arbeiterverbandes bestätigt habe, "gewissermassen Rechtskraft" verliehen.

Das Danziger Verwaltungsgericht hat sich auf die Seite der Nazipolizei gestellt, trotzdem der Arbeiterverband als Gewerkschaft den Bestimmungen des Danziger Vereinsrechtes nicht unterliegt und die Ausnahmeverordnung des Artikels 113 der von den Völkerbundsmächten garantierten Danziger Verfassung die Gewerkschaften ausdrücklich schützt.

Schmidlechner im Kerker!

=====

(ITF) Die christlichen Diktatoren Österreichs haben dem Ausland kurz hintereinander zwei Amnestien vor-

gesetzt, eine Amnestie für von Gerichten wegen "politischer Taten" verhängte Strafen und eine "Verwaltungsamnestie" für von der Polizei "auf dem Verwaltungswege" ohne Spruch eines Gerichtshofs verhängte Strafen. Die politische Amnestie, die am Jahrestage der Ermordung des Kanzlers Dollfuß durch einen Nationalsozialisten erlassen wurde, die "Verwaltungsamnestie" kam in erster Linie -- Nationalsozialisten zugute, ist noch nicht abgeschlossen, sie wird sehr zögernd durchgeführt. Es werden pro Tag stets nur ein paar Gefangene freigelassen, je nach dem Stand des politischen Schachers der "christlichen Diktatoren" Österreichs mit den "heidnischen" Tyrannen des Dritten Reiches. Von den drei Gewerkschaftern, die kürzlich von österreichischen Gerichten wegen gewerkschaftlicher Betätigung zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, ist keiner freigelassen worden.

Holowatij und Steindl, die wegen Arbeit am Wiederaufbau einer freien Gewerkschaft der österreichischen Bau- und Holzarbeiter verurteilt worden waren, wurden zwar begnadigt, aber nicht freigelassen; sie wurden sofort wegen "Passvergehens" ins Konzentrationslager Wöllersdorf gesperrt. Der pensionierte Eisenbahner Schmidlechner, der zu 5 Jahren Kerker verurteilt worden war, weil ein wiederholt vorbestrafter und gerade wieder in Haft befindlicher Verbrecher ihn beschuldigte, ein Exemplar des illegalen Organs der freien Gewerkschaft der österreichischen Eisenbahner verbreitet zu haben, wurde nicht amnestiert; er wurde jetzt zur Verbüßung seiner Kerkerstrafe in die berüchtigte Strafanstalt Garsten eingeliefert.

"Herrliche Zeiten".

=====

(ITF) Als im November 1935 den Herren des Dritten Reiches Bedenken wegen der weiteren Finanzierung der

Milliarden verschlingenden Aufrüstung kamen und die Rüstungsaufträge daher kurze Zeit abgestoppt wurden, warnte der Schwerindustrielle Peter Klöckner (am 2. November 1935) öffentlich vor den "kommenden schlechten Zeiten" und erklärte "das Barometer für die Inlandsbeschäftigung ist mindestens unsicher". Aber schon Anfang Dezember 1935 wurden neue Rüstungsaufträge vergeben und in diesem Jahr wurde vor allem nach der Rheinlandbesetzung das Tempo der deutschen Aufrüstung noch weiter beschleunigt. Der Klöckner-Konzern konnte daher in seiner soeben veröffentlichten Bilanz von einem glänzenden Geschäft berichten: der Betriebsüberschuss stieg um 12 Millionen auf 87 Millionen, die Dividende wurde um die Hälfte erhöht. Die Direktorengehälter stiegen im Durchschnitt um 23% von 68 000 RM auf 84 000 RM. Bei der Tochtergesellschaft des Klöckner-Konzerns, der Humboldt-Deutz-Motoren A.G., konnte die Dividende sogar verdoppelt werden, die Direktorengehälter stiegen im Durchschnitt um 40% von 51.000 RM auf 71.000 RM.

Diese ausserordentliche Gewinnsteigerung geht auf Kosten der Arbeiter. Überstunden sind in den Rüstungsbetrieben des Klöckner-Konzerns die Regel, Arbeitszeiten bis zu 13 Stunden sind häufig. Aber Überstundenzuschläge werden trotz Vorschrift der Tarifordnung nicht bezahlt. Einige Arbeiter, die bei Humboldt-Deutz-Motoren die Bezahlung der tariflichen Überstundenzuschläge forderten, wurden fristlos entlassen. Das Arbeitsamt sperrte ihnen die Unterstützung auf 6 Wochen, da die Entlassung durch "eigenes Verschulden" erfolgte.

In der gleichen Stadt Köln, in der die Aktionäre der Humboldt-Deutz-Motoren ihre Rüstungsgewinne verdoppeln konnten, wächst in den "zivilen" Betrieben die Erwerbslosigkeit. Die Westwaggon entliess in der ersten Septemberhälfte 300 Mann, der Rest arbeitet kurz. Viele Gemeinden haben aus Geldmangel die Neubaufträge für Strassenbahnen und Autobusse plötzlich zurückgezogen. Auch das Kölner Fordwerk hat zahlreiche Arbeiter entlassen. In den Kölner Textilbetrieben, in den Kölner Schuh- und Möbelfabriken herrscht starke Flaute. Nur die Rüstungswerke haben Hochbetrieb.

"Wie soll das werden?"
=====

(ITF) "Was diskutierte das Volk in den letzten Monaten?" fragt der Ruhrarbeiter", das amtliche Blatt

der Deutschen Arbeitsfront (Nr. 37, dritte Septembernummer). "Worüber unterhielt sich der Mann auf der Strasse? Worüber unterhielten sich die Hausfrauen auf dem Markte? Worüber überhaupt sprachen die breiten Schichten unseres Volkes und nicht nur sie, sondern alle einsichtigen, denkenden Menschen? Sie sprachen über die lohndrückende Wirkung der Preise und über die Lebensmittelknappheit, sie sprachen darüber: "Wie soll das werden?"

Die Deutsche Arbeitsfront hatte geglaubt, die Arbeiter mit Versprechungen beschwichtigen zu können, sie wollte die Unzufriedenheit abfangen und tat so, als ob sie sich die Sorgen und Forderungen der Arbeiter zu eigen machte. Auf der Tagung der "Gauwalungs-Abteilungsleiter" der Deutschen Arbeitsfront betonte der Leiter des Sozialamts (am 26. August) ausdrücklich, "dass an dem Grundsatz, dass die Tarife lediglich Mindestsätze und keine Höchstsätze seien, unbedingt festgehalten wird." Die Tageszeitung der Arbeitsfront (Nr. 200) überschrieb den Bericht von dieser Rede vielversprechend "Lohnerrhöhungen (!) entsprechen der Wertung und Achtung der Arbeit".

Knapp 2 Wochen später aber erklärte Hitler, dass die nationalsozialistische Diktatur, die -- wie jetzt im Klöcknerkonzern -- die Erhöhung der Bezüge der Generaldirektoren um 40% und die Verdoppelung der Dividenden seelenruhig gestattet, auch für die Zukunft am "eisernen Grundsatz" festhält, "keine Steigerung des Stundenlohns zuzugeben". Und die Preise steigen weiter.

"Der Ruhrarbeiter" versucht die Arbeiterschaft des grössten deutschen Industriebezirks damit zu trösten, dass, wenn es gelingt, in 4 Jahren künstliche Rohstoffe herzustellen, "der deutsche Lebensmittelmarkt damit" -- 1940!!-- "sein normales Gesicht wiederbekommen wird... Nun hören wir manchen sagen: also wird sich im Augenblick nichts ändern. Das ist richtig". -- Vier Jahre soll auf jeden Fall weitergehungen werden, 4 Jahre noch sollen die deutschen Arbeiter mit Versprechungen sattgemacht werden. Solange der Hungerhaken über Deutschland weht, müssen die Arbeiter hungern.

Trocken Brot, doch nicht für alle. (ITF) Das Dritte Reich verwen-
===== det jede ausländische Devisen für den Bezug von Rüstungsrohstoffen.

Es drosselt die Einfuhr von Lebensmitteln und lässt lieber die Massen darben, als auch nur auf die Einfuhr der Rohstoffe für ein einziges Bombenflugzeug zu verzichten. Hitler hat (am 8. September in Nürnberg) zynisch erklärt, "die immer wiederkehrenden... Verknappungen an Butter, Eiern, Fett und zum Teil auch Fleisch" blieben jedenfalls noch 4 Jahre, und der Zeitungsdiens des Reichsnährstandes, der im Auftrag des "Ernährungsministers" herausgegeben wird, empfiehlt (am 22. September) den Arbeitern und Angestellten kaltschnäuzig, trocken Brot und trockene Kartoffeln zu essen, um den deutschen Fettverbrauch herabzudrücken: "Fett kann in gewissem Umfange durch Zuführung von Kohlehydraten ersetzt werden. Zur Schliessung der Fettlücke kann der deutsche Verbraucher daher, ohne gesundheitlichen Schaden zu nehmen, an die Stelle (!) des Fettverzehrs einen erhöhten Verbrauch von Zucker, Brot und Kartoffeln setzen". Dabei ist der Fettverbrauch im Dritten Reich schon bisher ungewöhnlich zurückgegangen. Selbst das Statistisch Reichsamt musste feststellen, dass im Jahre 1935 der Margarineverbrauch -- und Margarine ist in Deutschland das Fett der Massen -- um 20% geringer war als selbst im Krisenjahr 1932.

In der gleichen Zeit aber hat sich im Deutschland der "nationalsozialistischen Volksgemeinschaft" der Sektverbrauch vervielfacht. Die Sekttrinker sind nicht auf Margarine angewiesen, sie haben sich, wie die Tageszeitung der Arbeitsfront (am 27. September - Nr. 227) mitteilt, "in Erinnerung der vorjährigen Marktlage" in "Hamsterkäufen" richtig mit Butter eingedeckt.

Soldkürzung um 30%.
=====

(ITF) Gleichzeitig mit der Verlängerung der Dienstzeit auf 2 Jahre haben die Nationalsozialisten den Sold der

deutschen Soldaten von 50 Pfg. auf 35 Pfg. herabgesetzt. Da dem Soldaten jetzt (nach den Ausgaben für Rasieren, Seife, Wäsche kaum mehr Geld für Tabak bleibt, ist die Erbitterung über diese Herabsetzung des Soldes allgemein. Besonders schwer wird diese Soldkürzung in den vielen Garnisonen empfunden, in denen die Verpflegung unzureichend ist und die Rekruten ohne Zukauf von Lebensmitteln nicht satt werden.)

Nachspiel zum Streik im Opelwerk.
=====

(ITF) Über den Streik in dem zum amerikanischen Automobilkonzern General Motors gehörenden Opelwerk im Juli 1936 durfte die deutsche Presse nicht berichten. Die Nationalsozialisten fürchteten, dass der Bericht von diesem Abwehrstreik gegen Lohnabbau beispielhaft wirken könnte. Doch jetzt (am 23. September) berichtet das Deutsche Nachrichtenbüro zur Einschüchterung: 12 Opelarbeiter, die wegen Teilnahme am Abwehrstreik fristlos entlassen wurden, klagten vor dem Arbeitsgericht in Mainz auf Kündigungswiderruf. Das Arbeitsgericht aber erklärte die fristlose Entlassung für berechtigt. Es sei im Zeichen der jetzigen Arbeitsregelung und nach dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit nicht mehr

angängig, dass Gefolgschaftsmitglieder unter Hintansetzung ihrer Verantwortung der Volksgesamtheit und dem Betriebe gegenüber die Arbeitsplätze verlassen und unbefugt vom laufenden Band der Arbeit weglaufen". Nur auf diese Weise erfahren viele deutsche Arbeiter vom Kampf ihrer Kameraden im Opelwerk. (Für die Redaktionen: Der Bericht über den Streik erschien im "Faschismus" Nr. 15, Seite 140).

10-Studenten für Bauarbeiter?
=====

(ITF) In der am 7. März 1936 remilitarisierten Zone der Rheinlande

herrscht im Hoch- und Tiefbau Hochkonjunktur. Es gibt dort keine erwerbslosen Bauarbeiter mehr, alles wird zum Festungs- und Kasernenbau eingesetzt, die Bauten können nicht schnell genug fertiggestellt werden. An diesen Baustellen wird daher in der Regel in Tag- und Nachtschicht gearbeitet, Arbeitszeiten von 12 Stunden pro Tag sind die Regel. Bei dem hastigen Arbeiten können die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet werden. Aus dem ganzen Rheinland wird denn auch von zahlreichen Unglücken an diesen Baustellen berichtet. Beim Kasernenneubau in der Kanalstrasse in Köln wurden 17 Bauarbeiter durch einen Deckeneinsturz schwer verletzt.

Die Arbeiter der kleinen und mittleren Baubetriebe beklagen sich bitter darüber, dass der an den Freitagen fällige Lohn von den Unternehmern in Raten gezahlt wird. Häufig verhilft erst eine Klage vor dem Arbeitsgericht den Bauarbeitern zu dem längst fälligen Verdienst. Beschwerden bei der Arbeitsfront sind nutzlos.

Die Baugrossfirmen, die im Auftrag des Militärfiskus im Rheinland arbeiten, versuchen nach Möglichkeit, die Zahlung der vorgeschriebenen Überstundenzuschläge zu vermeiden. Auf vielen Baustellen wagt die eingeschüchterte Arbeiterschaft nicht, auf Zahlung dieser Zuschläge zu bestehen. Jetzt haben (wie der "Angriff" am 26. September -- Nr. 227) berichtet, die Bauunternehmer beim Treuhänder allgemein verlangt, die Bezahlung der Überstundenzuschläge für die neunte und zehnte Arbeitsstunde zu streichen und im Baugewerbe den 10-Studenten einzuführen.

Die Wintersteuer.
=====

(ITF) Die deutschen Erwerbslosen erhielten in der demokratischen Republik von den Gemeindevorwaltungen während der Wintermonate zusätzlich zur Erwerbslosenunterstützung erhebliche Mengen Kohlen, Kartoffeln und andere Lebensmittel. Das Dritte Reich hat die Arbeitervertreter aus den Gemeinden herausgeworfen und diese zusätzliche Hilfe der Gemeinden vollständig beseitigt. Statt dessen erhalten die Erwerbslosen nur die wesentlich geringeren Almosen der "Winterhilfe". Die Mittel für diese "Winterhilfe" werden zum grössten Teil von den Arbeitern und Angestellten eingetrieben. Den deutschen Arbeitern und Angestellten ist bereits Mitte September

mitgeteilt worden, dass sie bei Gefahr des Verlusts ihrer Arbeitsstelle wieder 6 Monate hindurch "freiwillig" Winterhilfssteuer zahlen müssen. Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, die den Sommer über praktisch beschäftigungslos ist, ist wieder in Aktion getreten und hat den Unternehmen Listen zugestellt, in die die einzelnen Belegschaftsmitglieder die Höhe des "freiwillig" für die 6 Monate zu zahlenden Beitrags einzutragen haben. Auf den vorgedruckten Sammellisten, die einzelne Bezirke herausgegeben haben, sind gleich die "Mindestspenden" angegeben. Lohnsteuerpflichtige haben monatlich 10% der Lohnsteuer zu zahlen. Bei Arbeitern und Angestellten, die so wenig verdienen, dass sie Lohnsteuerfrei sind, wird zwischen Ledigen und Verheirateten unterschieden; ledige Lohnsteuerfreie müssen "1% des Bruttogehalts bzw. -lohns" bezahlen, also den gleichen Betrag, den ledige Lohnsteuerpflichtige zu zahlen haben. Lohnsteuerfreien Verheirateten wird mindestens 25 Pfg. pro Monat abgenommen.

Die einzelnen NSDAP-Funktionäre versuchen aber, sich bei ihren vorgesetzten Stellen dadurch in ein gutes Licht zu setzen, dass sie beim Kursieren der Listen einen möglichst starken Druck auf die Belegschaft ausüben, mehr als den Mindestbeitrag zu zahlen. Da die Arbeiter und Angestellten sich dagegen wehren, hat es in den letzten Jahren in den Betrieben häufig Zusammenstöße gegeben. Eine grosse Zahl von Unternehmern hat deshalb einfach der Belegschaft mitgeteilt, dass ihr "freiwillig" der Mindestbeitrag vom Lohn abgezogen wird. Die Direktion der Berliner Elektrizitätswerke (Bewag), die in einem typischen Rundschreiben (am 11. September) der Belegschaft von dem Zwangsabzug Mitteilung macht, vergisst nicht, ausdrücklich zu erwähnen: "Der Beitrag zum Winterhilfswerk ist eine freiwillige Spende. Gefolgschaftsmitglieder, die mit dem Abzug nicht einverstanden sind, können dies der Personalverwaltung schriftlich anzeigen. Stillschweigen wird als Zustimmung aufgefasst". Und da jeder weiss, dass ein Protest fristlose Entlassung wegen staatsfeindlichen Verhaltens und wenigstens 6 Wochen Entzug der Erwerbslosenunterstützung bedeutet, wenn sich nicht gar die Gestapo einmischte, wird alles "stillschweigend" zustimmen.

"Ausland" made in Germany.

=====

(ITF) Aus Hamburg schreibt man uns: Erwerbslose, die in Hamburg bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden,

erhalten für jeden Tag Notstandsarbeit ausser ihrer Unterstützung 75 Pfg. Aufwandsentschädigung. Da es sich bei diesen Notstandsarbeiten meist um anstrengende Erdarbeiten handelt und 20 Pfg. Fahrgeld von diesem fürstlichen "Lohn" abgeht, müssen die Notstandsarbeiter, wenn sie satt werden wollen, noch zuzahlen. Sie waren daher froh, dass während des "Kraft durch Freude-Weltkongresses" Notstandsarbeiter, die 3 Tage in der Woche beschäftigt werden, nur 2 Tage zur Arbeit anzutreten brauchten, die 5 Tage Beschäftigten nur 4 Tage. Dafür mussten sie allerdings am Festsonntag im Festzug von "Kraft durch Freude" als "Ausländer" und "Auswärtige" mitmarschieren. Im allgemeinen wurden sie nur zur Verstärkung wirklich anwesender kleiner Ausländergruppen verwandt. Manche Gruppen aber, wie der Trachtenwagen, auf dem "Edamer" in holländischen "Original"-Kostümen die Produktion von Edamer Käse symbolisierten, waren ausschliesslich mit Hamburger Notstandsarbeitern besetzt. Auch den Abschluss des Zuges, den die "Berliner" bildeten, stellten Hamburger Notstandsarbeiter. Die Zeitungen aber rühmten die starke Berliner Gruppe als besondere Auszeichnung Hamburgs durch die Arbeitsfront der Reichshauptstadt.

Betriebssklaverei.

=====

(ITF) Als im Februar 1935 im Dritten Reich die Arbeitsbücher eingeführt wurden, versicherten die Nationalso-

zialisten ausdrücklich, dass durch das Arbeitsbuch die persönliche Freiheit des Arbeiters nicht eingeschränkt würde. Vor allem beruhigten sie die Landarbeiter und erklärten, dass die Arbeitsbücher auf keinen Fall eine ähnliche Rolle wie die Gesindebücher im kaiserlichen Deutschland spielen würden.

Am 1. September 1936 ist die Ausstellung der Arbeitsbücher abgeschlossen worden. Bereits einen halben Monat später ersucht das Arbeitsamt Goslar alle Unternehmer, in den Fällen, in denen ein Arbeiter oder Angestellter "ohne Einhaltung der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist vorzeitig eine Arbeitsstelle verlässt, das Arbeitsbuch des Kontraktbrüchigen sofort unter Mitteilung des Sachverhalts an das Arbeitsamt Goslar einzusenden" (Frankfurter Zeitung, Nr. 480/81 vom 19. September 1936). Da ohne Arbeitsbuch heute in Deutschland niemand mehr eine Stellung annehmen darf, bedeutet diese Anordnung, dass den Arbeitern ein Hinüberwechseln in eine besser

bezahlte Arbeitsstelle noch mehr erschwert wird.

Diese Anweisung des Arbeitsamts Goslar richtet sich in erster Linie gegen die Landarbeiter, gegen die "Kontraktbrüche", die in letzter Zeit besonders in der Landwirtschaft stark zugenommen haben". Den Landarbeitern, denen das Abwandern in Industrie und Transport verboten wurde, soll jetzt sogar ein Abwandern auf einen andern Hof erschwert werden. Wenn der Jahreskontrakt der Landarbeiter im Spätherbst abläuft, besteht für sie kaum mehr eine Möglichkeit zum Überwechseln.

Goslar ist der Sitz der Leitung des Nahrstandes, der Zwangsorganisation der deutschen Bauern und Landarbeiter. Die Anweisung des Arbeitsamts Goslar ist höchstwahrscheinlich auf Veranlassung des "Reichsbauernführers", des Ernährungsministers Darré, erfolgt, sie wurde jedenfalls als Vorbild für das ganze Reich veröffentlicht.

(Für die Redaktionen: Über das Arbeitsbuch vergleiche Faschismus vom 7. September 1935).

Begründete Furcht.

(ITF) Der "Generalinspektor für das deutsche Strassenwesen" hat am 30.

Juli angeordnet, dass die an den Baustellen der Autostrassen beschäftigten Arbeiter "Vertrauensmänner" erhalten. Das nationalsozialistische Arbeitsordnungsgesetz schreibt vor, dass die Kandidatenliste für diesen "Vertrauensrat" vom Unternehmer zusammengestellt wird, dass aber die Arbeiter wenigstens unbeliebte Kandidaten streichen dürfen. Doch an den Baustellen der Autostrassen wurde jede Abstimmung verboten. Dort werden die Vertrauensmänner direkt vom Unternehmer ernannt und vom zuständigen Trouhänder der Arbeit, einem Staatsbeamten, bestätigt. Die Nationalsozialisten kennen eben die Stimmung der elend bezahlten Autostrassen-Arbeiter zu gut, als dass sie eine Abstimmung riskierten. (Die Reichsbahn vom 9. September 1936).

Unruhe bei den Bauarbeitern.

(ITF) Die Trouhänder der Arbeit bereiten eine neue Tarifordnung für das deutsche Baugewerbe vor und

selbstverständlich erwarten die Bauarbeiter eine weitere Lohnsenkung. Die Unruhe auf den Baustellen ist so gross geworden, dass die Deutsche Arbeitsfront (Mitte September) einen beruhigenden Aufruf erlassen musste, in dem sie versprach, dass die Löhne der Baufacharbeiter durch die kommende Tarifordnung nicht gesenkt würden. Da der "Wert" nationalsozialistischer Versprechungen den Arbeitern aber zur Genüge bekannt ist, hat dieser Aufruf nur das Gegenteil erreicht: die Unruhe auf den Baustellen ist noch gewachsen. (Der Aufruf erschien im "Angriff" Nr. 210)

Höchstpreiswirtschaft -- wie

(ITF) Auf einer Kundgebung der Landesbauernschaft Kurmark (am 24. September in Berlin) erklärte der "Reichshauptabteilungsleiter III"

im Kriege.

Dr. Korte: "Man hat an die Vernunft

der beteiligten Kreise appelliert, doch haben diese Appelle die gewünschte Wirkung nicht gehabt. Man wird daher grundsätzlich für alle Lebensmittel, die die Hausfrau im Laden kauft, Festpreise einführen müssen."

Aber "man ist sich dabei wohl bewusst, dass Festpreise nur dann einen Sinn haben, wenn sie durch ein genügendes Warenangebot untermauert werden." (Berliner Lokalanzeiger Nr. 232 vom 26. August). Da jedoch, wie Hitler auf dem Nürnberger Parteitag erklärte, kein ausreichendes Angebot an Lebensmitteln zur Verfügung steht, werden wie in der Kriegszeit, die "Höchstpreise" durch unerschwingliche Schleichhandelspreise abgelöst werden.

Scheinwahlen in Österreich.

(ITF) Unmittelbar nach der Februar-

niederlage der österreichischen Arbeiter hatte die "christliche Diktatur" alle von den Arbeitern gewählten Betriebsräte abgesetzt und neue "Betriebsräte" ernennen lassen. Die Betriebsvertretungen im öffentlichen Dienst wurden (ab 1. Dezember 1934) vollkommen beseitigt. Den Arbeitern und Angestellten in den Privatbetrieben wurde versprochen, dass sie in absehbarer Zeit wieder das Recht erhalten sollten, ihre Betriebsvertretungen selbst zu wählen. Aus Furcht vor den Arbeitern aber wurde die Ansetzung einer Neuwahl immer wieder hinausgeschoben. Die Monatsschrift der (faschistischen) Gewerkschaft der Arbeiter im Handel und Verkehr erklärte noch im September 1936 ganz offen, "dass der Sozialminister schon lange den Zeitpunkt für die Durchführung von Vertrauensmännerwahlen festgesetzt hätte, wenn es in den Betrieben nicht... verkappte Drahtzieher gäbe". Die

christliche Diktatur konnte jedoch nicht mehr länger warten. Da die ersten Ernennungen von Betriebsräten im Spätsommer 1934 vorgenommen worden waren, lief die Amtszeit vieler der für 2 Jahre ernannten Vertrauensmänner im September 1936 ab und da die Diktatur sich nach Abschluss des deutsch-österreichischen Abkommens der Unterstützung der Nazis sicher glaubte, ordnete sie endlich die "Neuwahl" aller Vertrauensmänner zwischen dem 1. Oktober und 31. Dezember an. Diese "Wahlen" sind ein ausgesprochener Schwindel. Der Vorstand des faschistischen Gewerkschaftsbundes hat an seine Verbände und Landeskartelle

"vertrauliche Richtlinien" zur Verhinderung der Wahlfreiheit versandt, die die bereits in der Regierungsverordnung (vom 1. September) vorgeschriebenen Sicherungen zur Verhinderung einer freien Wahl der Vertrauensmänner noch übertreffen. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes hat keine Vorsichtsmaßregel ausser Acht gelassen, die geeignet ist, die Wahl eines missliebigen Vertrauensmannes zu verhindern. Die Belegschaft der einzelnen Betriebe hat bei diesen "Wahlen" nichts, aber wirklich gar nichts mitzureden.

Die zur Zeit amtierenden Vertrauensmänner wurden von dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes bzw. seinen Unterorganisationen "ernannt". Diese ernannten Vertrauensmänner haben sowohl die Wahl durchzuführen (Wahlausschreibung, Einspruchsverfahren, Durchführung der Wahl), als auch die Kandidaten aufzustellen. Aber nicht einmal diese ernannten Vertrauensmänner können selbständig vorgehen; sie müssen ihre örtlichen Vorschläge der Gewerkschaftsleitung vorlegen, die sie an das Landeskartell -- die Provinzorganisationen -- weiter leitet. Das Landeskartell muss die Liste dann -- dem Landesleiter der "Vaterländischen Front", der Spitzenorganisation aller faschistischen Verbände, und -- den Polizeibehörden vorlegen. Auf dem Umweg über die "Vaterländische Front" und die Polizei kann der Einfluss der Unternehmer auf die Kandidatenaufstellung geltend gemacht werden. Den Unternehmern unangenehme Kandidaten verschwinden als "vaterländisch nicht zuverlässig" von der Liste. Erst die von der Einheitsgewerkschaft, den Unternehmern und der Polizei genehmigten Kandidaten dürfen auf die Liste der "Arbeitervorteiler" gesetzt werden.

Es gibt nur diese eine offizielle Kandidatenliste. Eine andere kann überhaupt nicht aufgestellt werden. Eine Einfügung anderer Namen auf dem Stimmzettel als jener, die auf der offiziellen Kandidatenliste sind, macht den ganzen Stimmzettel ungültig. Den Arbeitern wird eine Liste übergeben, von der sie die Hälfte der angeführten Kandidaten durch Anhaken wählen sollen. Sie haben also nur die Auswahl unter den von der faschistischen "Einheitsgewerkschaft" von den meist adligen Landesführern der faschistischen Vaterländischen Front und der "christlichen" Prügel-Polizei genehmigten Kandidaten. In Betrieben, in denen bisher keine offiziell anerkannten Vertrauensmänner existieren, bestimmt der Gewerkschaftsbund aus der Belegschaft zwei Mann und entsendet entweder einen Angestellten oder einen Funktionär des Gewerkschaftsbundes als Dritten. Diese drei übernehmen die Durchführung der Wahl und die Kandidatenaufstellung. Nur in einem einzigen Falle ist die Einberufung einer Betriebsversammlung vorgesehn und zwar zur Bestimmung eines Wahlzuges. Dieser Wahlzug kann aber nicht von der Betriebsversammlung gewählt werden, sondern er wird nach "Anhörung" bestimmt, das heisst also, dass selbst dieser Wahlzug, der nichts anderes zu tun hat als am Wahltag neben der Wahlkommission zu sitzen und zuzusehn, wie die offiziellen Stimmzettel in die Urne geworfen werden, in Wirklichkeit von der gleichgeschalteten "Gewerkschaft" ernannt wird. Das ist "ständische Demokratie".

Die illegalen freien Gewerkschaften haben trotzdem beschlossen, sich an den Wahlen zu beteiligen. Die Arbeiter verlangen Betriebsversammlungen, in denen sie ihre Kandidaten selbst aufstellen können. Sie benutzen den "Wahlkampf" zu einem Vorstoss für wirklich freie Wahlen, Freiheit und Selbstbestimmung der Arbeiter.

Die Polizei versucht, die Arbeiter durch Massenverhaftungen und Terror einzuschüchtern und verurteilt beliebige Vertrauensleute der Arbeiterschaft "auf dem Verwaltungswege" zu Polizeistrafen, damit die "Vorbestrachten" ihre Wählbarkeit verlieren. Den tausenden, wegen ihres tapferen Eintretens für die Interessen ihrer Kollegen mit Polizeihaft oder Konzentrationslager "vorbestrachten" Arbeitern und Angestellten ist das Wahlrecht ausdrücklich genommen worden.

Nachwirkung der Sanktionen.

===== (ITF) Die vom Völkerbund gegen das faschistische Italien verhängten Sanktionen sind von den einzelnen Staaten nur lässig durchgeführt worden, zum Teil blieben sie völlig auf dem Papier. Trotzdem war, wie die führende englische Wirtschaftszeitung, The Economist, berichtet, ihre Wirkung nachhaltig: "Selbst ein Diktator kann das Gesetz von Ursache

und Wirkung im Wirtschaftsleben seines Staates nicht ausser Kraft setzen. Auch ein flüchtiger Beobachter muss bemerken, dass die wirtschaftliche Lage Italiens keine günstige ist. Sie war schon vor dem abessinischen Abenteuer schwierig, sie ist heute mehr denn je gespannt, besonders da der künstliche Auftrieb, der durch den Feldzug bestimmten Industrien in den grösseren Städten gegeben wurde, nicht anhielt. ... Keine Phantasie oder Zahlenspielerei kann das Land als blühend bezeichnen. An vielen Stellen drückt der Schuh sehr, nirgendwo mehr als in der Devisenfrage.... Industrielle klagen, dass sie nicht genug ausländische Rohstoffe erhalten können und dass ihnen dadurch das Exportieren erschwert wird, durch das doch gerade Devisen beschafft werden sollen... Aber auch abgesehen von diesen Schwierigkeiten in Industrie und Handel ist der Mangel an täglichen Gebrauchsartikeln, die im allgemeinen vom Ausland bezogen wurden oder aus eingeführten Rohstoffen hergestellt wurden, offenkundig. In manchen Fällen wurden Ersatzstoffe beschafft; die Erfahrungen der Bevölkerung mit dem Ersatz würden eine Quelle des Vergnügens sein, wenn sie nicht eher eine gruasige Illustration der Verwirrungen wäre, deren die Staatsmänner noch fähig sind.

Die Arbeitslosigkeit nimmt wieder zu. Die Märkte, die während der Sanktionszeit dem italienischen Export verschlossen waren, wie der Balkan und der nahe Osten, die gewöhnlich einen grossen Teil der italienischen Textil- und Kunstscidoproduktion aufnahmen, haben sich ihm nicht sogleich wieder geöffnet. Natürlich machen andere Länder, unter ihnen Deutschland, die für ihren Export gewannen, was Italien verlor, Italien das Wiedereindringen nicht leicht... Gleichzeitig ist der Binnenmarkt nur noch ein Schatten des früheren Italien ist heute eins der wirtschaftlich rückständigsten Länder Europas....

Die Veröffentlichung der üblichen Handelsstatistiken wurde nicht wieder aufgenommen, trotzdem die Sanktionen abgetan sind. Auch das Budget, das nie sehr aufschlussreich war, wurde nicht veröffentlicht. Auch die Banca d'Italia macht keine Angaben über ihre Goldreserven. Aber in diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass der Staat neues Papiergeld ausgibt. Es soll die eingezogenen silbernen 10-Lire-Münzen ersetzen. Aber niemand weiss, wieviel Banknoten umlaufen. Das Steigen der Binnenlandpreise gibt einen Anhaltspunkt, die Zirkulation muss bedeutend sein... Im Inland verliert die Lira allmählich an Kaufkraft. Aber wenn man für die Lira weniger Waren kaufen kann, Leistungen, gelernter und ungelernter Arbeiter, können unter einer Diktatur billig gehalten werden. Der Verbrauch und die Lebenshaltung des Volkes muss nachgeben.... Herr Mussolini kann sich brüsten, dass er 8 Millionen militärisch geübter Männer ins Feld schicken kann. Kein unparteiischer Beobachter wird glauben, dass er sie auch nur eine Woche ernähren kann". (Economist, 12. September).

Unter dem Hungerhaken: Fett nur für Zahlungsfähige!
 =====

(ITF) Der Fettmangel wird im Dritten Reich immer fühlbarer. Während 1935 nur für die 3 Wochen vom 6. bis 31. Dezember die Herstellung von vollfetttem Tilsiter und Edamer Käse verboten wurde, ist in diesem Jahre volle drei Monate, vom 1. Oktober bis 1. Januar verboten, Käse und Quark mit mehr als 20% Fettgehalt herzustellen. Bezeichnend für den "Geist der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft" aber ist, dass der Fettgehalt der teuren, für die Arbeiterfamilien unerschwinglichen Käsesorten wie Gervais, Brie und Camembert nicht heruntergesetzt zu werden braucht!

Auch die Versorgung mit Margarine ist gefährdet: "es ist noch nicht zu übersehen, welche Rohstoffmengen der Margarineindustrie in den nächsten Monaten zur Verfügung gestellt werden können" erklärt die "Frankfurter Zeitung" (Nr. 498/9 am 29. September).

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

No. 20.

Amsterdam, den 3. Oktober 1936.

Der Bahnschutz der Deutschen
=====

Reichsbahn,
=====

der ursprünglich nur zum Schutz der Bahnanlagen bei inneren Unruhen bestimmt war, hat sich nach und nach zu einem militärischen Machtfaktor ersten Ranges aus-

gewachsen. Auf fast jeder wenn auch noch so kleinen Reichsbahndienststelle ist heute ein Bahnschutzmann vertreten, auf grösseren deren 10 bis 20. Der Bahnschutz-Bevollmächtigte für das Reichsbahnwesen darf rücksichtslos in den innerdienstlichen Betrieb eingreifen.

Der Bahnschutz-Verbindungsoffizier der Wehrmacht kümmert sich dauernd um die Ausbildung der Bahnschutzleute und der Unterführer hält sich weiter durch Besichtigungen, Abhalten von Kritiken usw. über den jeweiligen Stand der militärischen Leistungen des Bahnschutzes auf dem laufenden.

Die Bahnschutzleute werden in der Handhabung des Gewehrs und des Karabiners Modell 98 ausgebildet und in einer vollkommen sicheren Bedienung der leichten und schweren Maschinengewehre. Der einzelne Bahnschutzmann wird in jeder Einzelheit des Maschinengewehrs unterrichtet und durch Übungsschiessen befähigt, jede Schützennummer zu versehen. Exerziert wird nach streng militärischem Muster. Felddienstübungen im Abteilungsverband, Brückenbesetzung und Brückensprengung, Fliegerabwehr. Der Innen(kasernen)dienst untersteht einer militärischen Strafordnung. Nebenbei unterhält eine jede Bahnschutzabteilung ein komplettes Musikkorps, welches sich von den militärischen in nichts unterscheidet. Von Fachleuten wird diese Truppe als in jeder Beziehung vollkommen schlagfertig bezeichnet, d. h. sie kann zu einem beliebigen Zeitpunkte in einen Heeresverband eingegliedert werden.

Dementsprechend ist auch die Anzahl der Übungen. In regelmässiger vierteljährlicher Reihenfolge werden die Bahnschutzleute zu "Kursen" oder "Lehrgängen" von 2 - 3wöchentlicher Dauer einberufen. Sie erhalten während dieser Zeit eine Neuausbildung in einem militärischen Spezialgebiet oder eine Wiederholungsübung in bereits erlernten.

Diese häufigen Einberufungen wirken sich für Eisenbahner der Dienststellen, denen die einzelnen Bahnschutzleute zugeteilt sind, zu einer wahren Landplage aus, da die Einberufungen ohne jede Rücksicht auf den Dienst erfolgen. Den Dienst der durch Bahnschutzübungen ausgefallenen Leute müssen nach der Anordnung des allmächtigen Bahnschutzbevollmächtigten die übrigen Eisenbahner der Dienststelle mit versehen.

Die zum Bahnschutz eingezogenen Eisenbahner selbst klagen lebhaft über die unzureichende Verpflegung und die unwürdige Behandlung, und über übermässige dienstliche Inanspruchnahme. So werden Gewehrgriffe "gekloppt", bis die Finger dick und wund sind. Nach dem übelsten preussischen Drill werden die Eisenbahner geschliffen. Krankmeldungen werden als Drückebergerei angesehen und einmal vom Bahnschutz als nicht tauglich oder einwandfrei nach Hause geschickte Eisenbahner haben damit zu rechnen, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Es ist sogar vorgekommen, dass ein Bahnschutzmann, der vom Bahnarzt als krank und dienstuntauglich befunden war, nach zwei Tagen auf Anordnung des Bahnschutzführers zurückgeholt und nach kurzer Schonung wieder in den Bahnschutzdienst eingereiht wurde. (ITF)

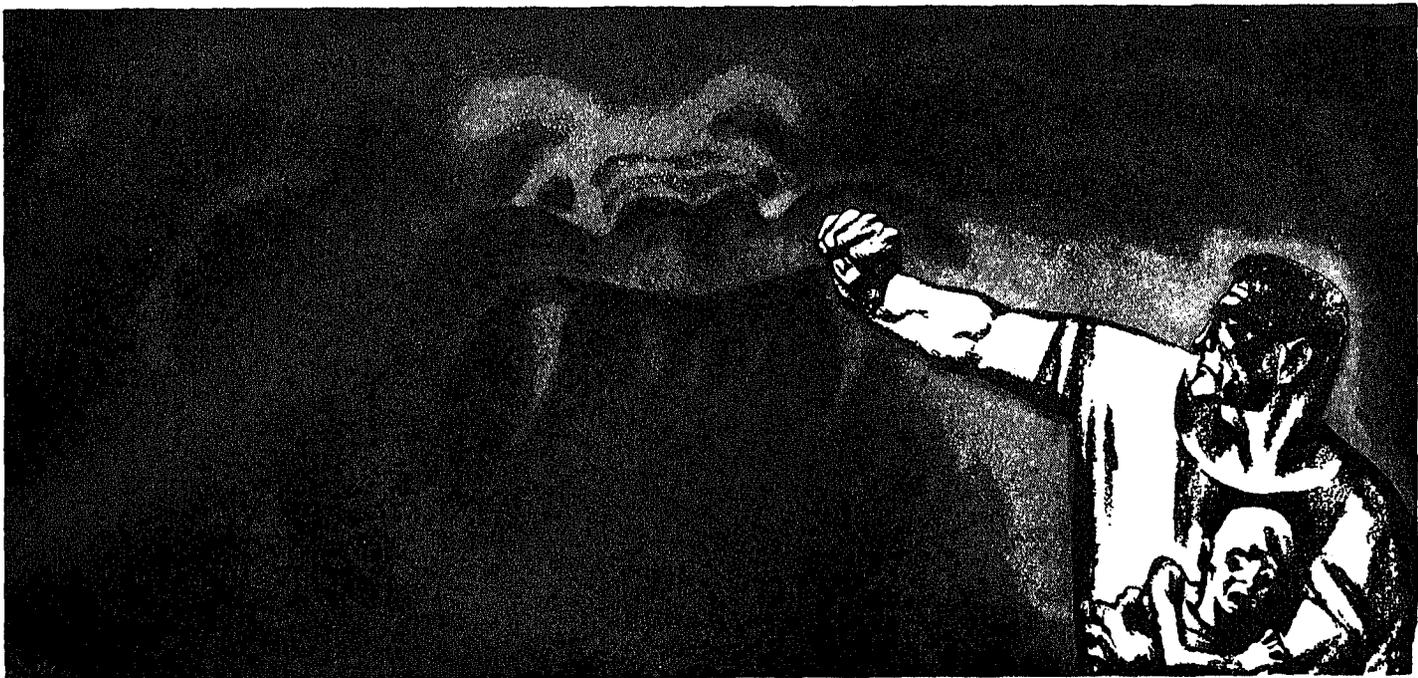
"Schönheit der Arbeit".

=====

(ITF) Den deutschen Eisenbahnergewerkschaften war es gelungen, die Schutzkleidervorschriften

bei der Deutschen Reichsbahn so stark zu erweitern, dass in den Reichsbahnausbesserungswerken mindestens 40% der Belegschaft Anspruch auf Schutzkleidung hatte. Unter dem Naziregime ist drei Vierteln der früher zum Bezug der Schutzkleidung Berechtigten die Schutzkleidung genommen worden.

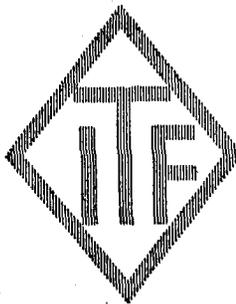
Bis zur Zerschlagung der Eisenbahnergewerkschaften hatten alle Arbeiter, die an ungeputzten Maschinen arbeiten mussten, einen Anspruch auf ein tägliches Bad während der Arbeitszeit. In den meisten Ausbesserungswerkstätten wird jetzt nur noch ein Bad in der Woche verabfolgt. Die Deutsche Arbeitsfront sieht dem untätig zu, sie ist vollauf damit beschäftigt, Vorträge über die "Schönheit der Arbeit" im Dritten Reich zu veranstalten.



FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.



4. Jahrgang
No. 20

Amsterdam, den 3. Oktober 1936.

Beilage zur deutschen Ausgabe.

Richtlinien der
=====
Aktivgruppen.--
=====

(ITF) Im Interesse des einheitlichen Wiederaufbaus der freien Gewerkschaften der deutschen Seeleute, Eisenbahner und Transportarbeiter und der grösstmöglichen Sicherung ihrer Arbeit gegen den Terror der Gestapo haben sich die freigewerkschaftlichen Aktivgruppen der deutschen Seeleute, Eisenbahner und Transportarbeiter vor geraumer Zeit u. a. auf folgenden Richtlinien geeinigt:

Jeder Kollege, der sich am Wiederaufbau der freien Gewerkschaft der deutschen Seeleute, Eisenbahner und Transportarbeiter beteiligt, verpflichtet sich, ganz gleich, welcher Partei oder politischen Gruppierung er angehört, für die Dauer der Zugehörigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Aktivgruppe von jeder Arbeit für seine Partei oder Gruppierung Abstand zu nehmen.

Er verpflichtet sich, sich jeder Fraktionsarbeit in den Aktivgruppen zu enthalten und keiner parteipolitischen Zelle, die Einfluss auf diese Gewerkschaftsarbeit nimmt oder nehmen will, anzugehören.

Er verpflichtet sich, kein anderes Material unter den Kollegen des Organisationsbereiches zu verbreiten, als Literatur, die von der freigewerkschaftlichen Leitung herausgegeben oder gutgeheissen wird.

Innerhalb der Aktivgruppen besteht, im Rahmen der durch die konspirative Sicherung gezogenen Grenzen, proletarische Demokratie. Beschlüsse der Mehrheit gelten auch für die Minderheit.

Keine Neutralität.

Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris am 28. September 1936 versammelt, bekräftigen ihre Erklärung vom 28. Juli 1936, dass entsprechend den geltenden Bestimmungen des Völkerrechts die rechtmässige Regierung Spaniens in der Lage sein muss, sich die zu ihrer Verteidigung notwendigen Mittel zu beschaffen. Diese Regierung vertritt die überwältigende Mehrheit des spanischen Volkes ohne Rücksicht auf politische und religiöse Unterschiede.

Nachdem sie die Berichte der Genossen Pascual Tomas (Delegierter des spanischen Gewerkschaftsbundes) und Jimenez de Asua (Delegierter der spanischen sozialistischen Partei) gehört haben, verweisen die beiden Ausschüsse mit Nachdruck auf die Wichtigkeit der Erklärung, die der spanische Aussenminister vor dem Völkerbund abgegeben hat: dass die Generäle, die sich gegen die am 16. Februar von den Wählern berufene rechtmässige Regierung erhoben haben, von Seiten Deutschlands und Italiens (direkt oder durch Vermittlung Portugals) mit Waffen, Flugzeugen und Tanks beliefert worden sind, und zwar noch nachdem diese Staaten das Nichteinmischungsabkommen unterzeichnet hatten.

Es ist Pflicht aller Regierungen, insbesondere der französischen und englischen Regierung, diesen schwerwiegenden Beschuldigungen sofort Rechnung zu tragen. Das internationale Abkommen unter den Mächten, keine Waffen nach Spanien zu liefern, ist abgeschlossen worden, um die Gefahr eines allgemeinen Krieges abzuwenden und ist nur so lange verpflichtend, als es von allen loyal eingehalten wird. Die Verletzung dieses neuen internationalen Abkommens durch Deutschland und Italien muss unweigerlich zu einer Überprüfung der Sachlage durch die anderen Mächte führen.

Die SAI und der IGB versichern die spanische Arbeiterklasse ihrer vollsten Solidarität in ihrer heldenhaften Verteidigung der demokratischen Menschen- und Bürgerrechte des spanischen Volkes. In diesem Kampfe ist die internationale Arbeiterbewegung nicht neutral und kann niemals neutral sein!

.....

Greuelthaten der spanischen Rebellen.

(ITF) Wie uns aus Madrid gemeldet wird, ist der 24jährige Sohn unseres Genossen Trifón Gómez vom spanischen Eisenbahnerverband, Mitglied des Exekutivkomitees der I.T.F., von den Rebellen erschossen worden. Er wurde beim Ausbruch des faschistischen Aufstandes in León von den Faschisten als Geisel gefangengenommen.

C
E
N
T

I
N
T

E
R
S
T
A
M
M
L
I
S
T